

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Wahlanalyse

Seite 3

Klare Lösungen



Seite 8

Betriebsverfassungsrecht
Ordnung ist das halbe Leben



Seite 10

Ratgeber
Einmaleins des Kündigungsschutzes – Teil III

Inhalt

Editorial 2

Meinung 3

Tarifthemen 4

VDStra.

Flughafen Frankfurt-Hahn

AMEOS Klinika Hildesheim
und Osnabrück

Einkommensrunde Land Hessen

Flughafen Stuttgart

Tarifgespräch mit KAV NW

Postbankkonzern

Verhandlungskommission Lehrkräfte

Ratgeber 8

Betriebsverfassungsrecht

Einmaleins des Kündigungsschutzes

dbb jugend 12

Buchvorstellungen 13

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss:

6. Oktober 2017



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Verantwortlich: Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson,
Andreas Schmalz

Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt

Bildnachweis: Titel: Ingo Bartussek (Fotolia), stevecuk (Fotolia), lassedesignen (Fotolia), S.2: Jan Brenner, S.3: Ingo Bartussek (Fotolia), S.4: VDStra., S.5: dbb, S.6: KAV NW, S.7: dbb, S.8: stevecuk (Fotolia), S.10: lassedesignen (Fotolia), S.12: dbb jugend, Tinett Kähler, S.15: fotogestoeber (Fotolia), S.16: dbb

Telefon: 030. 40 81-54 00, **Fax:** 030. 40 81-43 99

E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de

Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030. 726 19 17-0

Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen

Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrisovergis, Telefon: 02102. 740 23-714, Fax: 02102. 740 23-99

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

tacheles · 10 · Oktober 2017

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Die mit Spannung erwartete Bundestagswahl ist gelaufen. Bis wann wir jedoch eine arbeitsfähige Bundesregierung haben werden, steht in den Sternen. Die eine Partei will nicht mehr regieren, die andere noch nicht, die nächste nur mit diesem oder ohne jenen. Ich gehe davon aus, dass wir im dbb nach den Wahlen auf

unserem Gewerkschaftstag im nächsten Monat die Arbeitsfähigkeit schneller herstellen werden. Anders geht es auch gar nicht, warten doch direkt in den ersten Wochen und Monaten wichtige Aufgaben auf den dbb. Starten werden wir damit, dass wir im dbb, gemeinsam mit den betroffenen Fachgewerkschaften die innergewerkschaftliche Diskussion für unsere Forderungsfindung zur Einkommensrunde 2018 mit Bund und Kommunen beginnen werden.

Beim Dauerbrenner Tarifeinheit sind wir gut beraten, frühzeitig Einfluss auf die sich neu bildende Koalition in Berlin zu nehmen. Aktuell ist beim Thema Koalition viel von „Jamaika“ die Rede, vielleicht, weil die so genannte Große Koalition gar keine „Große“ mehr wäre. Bei „Jamaika“ jedenfalls gäbe es zwei Koalitionäre – Liberale und Grüne –, die in der Vergangenheit in aller Deutlichkeit gegen eine gesetzlich geregelte Tarifeinheit waren. Letztlich jedoch müssen wir so oder so und unabhängig davon, welche Koalition letztendlich in Berlin das Sagen haben wird, Druck machen, dass das missratene und von Karlsruhe nur notdürftig geflickte Tarifeinheitengesetz abgeschafft wird. Aus diesem Grund haben wir uns im dbb auch entschieden, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu klagen.

Ansonsten lässt sich feststellen, dass wir in Vorbereitung auf den eben bereits erwähnten Gewerkschaftstag seitens unserer Mitgliedsgewerkschaften sowie der dbb-Landesbünde so viele Anträge zu tarifpolitischen Themen erhalten haben wie noch nie zuvor. Ohne an dieser Stelle eine Wertung oder Gewichtung vornehmen zu wollen, stellen wir dabei fest, dass sich unsere Mitglieder immer intensiver mit ihren Arbeitsbedingungen auseinandersetzen und ihre Forderungen entsprechend differenziert ausfallen. Das ist eine gute Basis für unsere gemeinsame Arbeit in den nächsten Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

Willi Russ

Wahlanalyse

Klare Lösungen

Von Willi Russ

Wer in den letzten Wochen die Zeitung aufschlug, erhielt ohne Ende Analysen zum Wahlergebnis der Bundestagswahl. Das Ergebnis bot reichlich Stoff für zahllose bunte Diagramme, die Deutschland nach Alter, Geschlecht, Region, Gewerkschaftszugehörigkeit und 100 anderen Kriterien zerlegt haben. Auch an klugen Analysen über den Niedergang der einen oder den Aufstieg der anderen Partei mangelt es derzeit nicht. Und ändern muss sich natürlich viel, wenn nicht gar alles – wenn man den Kommentaren in den Medien Glauben schenken darf.

Bekennnis zu einem erfolgreichen Staatsgebilde

Klar, es muss sich einiges ändern. Änderung als Prinzip ist dynamischen demokratischen Gesellschaften immanent. Aber was muss sich ändern? Wenn ein Gewerkschafter in einer Tarifzeitschrift für den öffentlichen Dienst diese Frage stellt, denken die meisten, die Antwort schon zu kennen. Was wohl anderes als eine Stärkung des öffentlichen Dienstes wird der Schreiber schon vorschlagen? Falsch ist diese Annahme nicht, aber auch nicht erschöpfend. Bevor ich auf den öffentlichen Dienst komme, will ich auf etwas Anderes hinweisen: Im Wahlkampf war auch davon die Rede, dass man sich sein Land zurückholen solle. Dem muss widersprochen werden. Dieses Land gehört – wie keines zuvor in der deutschen Geschichte – seinen Bürgern. Der demokratische Wohlfahrtsstaat ist dauernd auf seine Notwendigkeiten und Möglichkeiten hin zu prüfen. Verbesserungsbedarf wird es immer geben. Aber gleichwohl ist er vorbildlich. Bildung, Sicherheit, Gesundheit und auch Kultur sind in der Bundesrepublik Deutschland hochwer-

tige Güter. Die Bürger sind gewohnt, sich auf gute Schulen, eine präzise Polizei, funktionierende Krankenhäuser und abwechslungsreiche Kultur verlassen zu können. Damit darf geworben werden. So selbstverständlich diese Leistungen mittlerweile erscheinen. Sie zeichnen unser Land aus und machen es lebenswert. Seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts ist hier – Jahrzehnt um Jahrzehnt – eine echte Erfolgsgeschichte fortgeschrieben worden. Davon haben die ehemaligen Großkoalitionäre nicht wirklich offensiv erzählt. Diesen Erfolg zu beschwören, heißt keineswegs, die aktuellen Probleme unter den Tisch zu kehren. Es geht vielmehr darum, zur Diskussion zu stellen, worum es uns eigentlich geht, welche Aufgaben und Erfolge die Politik hat. Hier zähle ich Gewerkschaften durchaus zur Politik.



Auf Verschleiß gefahren

Und genau an dieser Stelle muss es jetzt sein, da falle ich – ganz bewusst – in meine Rolle als Gewerkschafter im dbb. Wir kommen aus dem öffentlichen Dienst. Genau dieser öffentliche Dienst ist es, der die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich geprägt hat. Die Institutionen genossen und genießen noch immer hohen Respekt in der Bevölkerung, ganz einfach, weil die Bürger wissen, es „flutscht“ im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings: Der öffentliche Dienst wird auf Verschleiß gefahren – materiell wie ideell. Es fehlt an Investitionen in Mensch und Material. Es fehlen Lehrer, Krankenschwestern und und und ... Gleichzeitig vergammeln viele Schulen und auch die für unser Land so wichtige Logistik (Stichwort „marode Brücken“). Das muss anders werden. Zwischen Privatisierungswahn und Sparzwang muss endlich wieder geprüft werden, welchen Bedarf ein gut funktionierender öffentlicher Dienst wirklich hat. Ich habe mich sehr gefreut, als ich – noch zwei Wochen vor der Wahl – einen gut geschriebenen Beitrag des ehemaligen Kulturstatsministers Julian Nida-Rümelin las, der genau das forderte. Wörtlich heißt es in seinem Beitrag im Berliner Tagesspiegel vom 10. September 2017: „In diesem Zusammenhang sollte durchaus die Tendenz des Abbaus des öffentlichen Dienstes generell auf den Prüfstand gestellt werden. In Zeiten zunehmender Verunsicherung bedarf es zusätzlicher Polizisten, die alternde Gesellschaft verlangt nach staatlichen Betreuungsangeboten, die Geschlechtergleichheit verlangt nach staatlichen Ganztagsbildungsangeboten für die Kleinen.“

Das klingt banal und für manchen auch unbezahlbar, aber es ist tatsächlich ein wesentlicher Teil der Lösung der derzeitigen Verunsicherung in unserem Land. Wir brauchen starke öffentliche Institutionen und wir sollten ihren Wert für den sozialen und gesellschaftlichen Frieden in unserem Land nicht kleinreden. ■

ANZEIGE

<p>Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 € Vortellszins für den öffentl. Dienst Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen echt günstig 0800 - 1000 500 Free Call Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit 2,77% effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lzf. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 € www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Plankon 68159 Mannheim Tel: (0621) 178199-0 Info@AK-Finanz.de www.AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lzf. 7 Jahre, mit. Rate 528,00 € eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,85 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sonderstilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
---	--	--	--